

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

25.3.1931 (No. 71)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verlagsproben
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
K. A. M. e. n. b.
Karlsruhe

Verlagspreis: Monatlich 3,25 RM. einjährl. Zustellgebühr: — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Zeile. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen trittfester Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Bezahlung und Kontoführungen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Währungsdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unbezahlte Drucksaufen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die deutsch-österreichische Vereinbarung

Die Haltung der Ententestaaten

Die deutsche Presse wendet sich gegen die französischen Angriffe gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen. Die „Germania“ schreibt, das Zentrum des Widerstandes liege wieder einmal in Paris. Der praktische Schritt auf dem Wege zu Pan-Europa scheine nicht im Sinne Briand's zu liegen. Der „Vorwärts“ hebt hervor, wie sehr der „Temps“ um zweierlei Maß messe, je nachdem es sich um Deutschland oder einen anderen Staat handele. Wenn Rumänien und Südbanien im Rahmen von Pan-Europa Zollabmachungen treffen, oder wenn beispielsweise in Skandinavien eine Konferenz stattfindet, die im Grunde genommen die gleichen Ziele hat, dann ist nach französischer Auffassung natürlich alles in Ordnung. Bei Deutschland mutmaßte man gleich eine Bedrohung Frankreichs. Zu dem Vorwurf, daß Deutschland und Österreich die Nachbarländer gewissermaßen vor eine vollendete Tatsache gestellt habe, wird von zuständiger Stelle in Berlin betont, daß man mit Absicht erst einen Vorvertrag geschlossen habe, um die Nachbarstaaten rechtzeitig ins Bild setzen zu können. An den Hauptziellinien der deutschen Politik, nämlich der Verständigung mit Frankreich, habe sich nichts geändert. Wenn man französischerseits immer nur Schwierigkeiten machen wolle, dann müsse das zu einem ersten Hindernis zur Erreichung des Verständigungsziels der deutschen Außenpolitik werden.

W.D. Paris, 25. März. (Tel.). Der „Reit Parisien“ will zu der geistigen Unterredung Briand's mit Henderson berichten können, daß man englischerseits hinsichtlich des österreichisch-deutschen Zollabkommens nicht allzu eilig vorzugehen wünsche, aber wenigstens erst dann, wenn der genaue Text des Dokuments geprüft sein wird, da die gleiche Ansicht auch in Rom vorherrsche und der französische Gesandte in Prag, Rouz, nach Paris unterwegs sei, um die französische Regierung über die Auffassung der tschechoslowakischen Regierung zu unterrichten. „Echo de Paris“ schreibt: Dr. Curtius und Dr. Schober hätten ohne Zweifel damit gerechnet, daß ein Sturm losbrechen würde. Sie stellten jedoch nur ein leises Säuseln in den Ohren sei. Henderson habe im Juni 1929 einen Artikel zugunsten des Anschlusses veröffentlicht. Sobald die Juristen die Prüfung der Texte abgeschlossen hätten, würde das englische Kabinett über die Maßnahmen und Schritte beraten, die im Einvernehmen mit den interessierten Mächten zu unternehmen seien.

Die Aufnahme in Amerika

W.D. New York, 25. März. (Tel.). Die Blätter heben in ihren Washingtoner Meldungen hervor, daß die amtlichen Kreise in keiner Weise durch das deutsch-österreichische Abkommen beunruhigt sind. Senator Borch bezeugte das Abkommen als klugen Schritt. „Europa“, so erklärte er, „kann sich nicht erholen, ehe eine Änderung des Geistes des Versailler Vertrages eintritt. Ich verfolge nicht, wie irgend jemand in Europa dem Abkommen widerstreben kann.“

Deutscher Industrie- und Handelsstag

Eine Ansprache des Reichsanzlers

W.D. Berlin, 25. März. (Priv.-Tel.). Unter dem Vorsitz des Präsidenten Franz von Mendelssohn fand heute vormittag im Plenarsaal des früheren preussischen Herrenhauses die 61. Vollerversammlung des Deutschen Industrie- und Handelstages statt.

Von Mendelssohn betonte in seiner Begrüßungsansprache u. a., alle Teilhaber an der Weltwirtschaft sollten sich darüber klar sein, daß die gemeinsame Krisis gemeinsame Pflichten bringe. Es fehle in Europa nicht an Anzeichen, daß die Krise in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht habe. Gegenwärtiges Vertrauen auf dem harten Boden der Erfordernisse dieser Zeit sei das wichtigste Erfordernis des Aufstiegs der Weltwirtschaft.

Im weiteren Verlaufe nahm auch Reichsanzler Brüning das Wort, der antwortend an die Worte Mendelssohns betonte, daß es gelange sei, die in den düsteren Wintermonaten drohenden Gewaltakte unzufriedener Kreise zu verhindern. Zur Osthilfe und Agrarhilfe führte Dr. Brüning aus, wenn trotz der Höhe eine Milliarde für den notleidenden Osten bewilligt worden sei, so sei dies in der Hoffnung geschehen, und in der Erkenntnis, daß der Osten eines der wichtigsten Wirtschaftsgebiete sei. Auch auf den deutsch-österreichischen Handelspakt kam Dr. Brüning zu sprechen. Deutschland und Österreich könnten sich umso leichter entschließen, den Weg der Erweiterung der Wirtschaftsräume zu beschreiten, als sie dabei durch keinerlei Gegensätze behindert seien. Dieses Abkommen konnte überdies der Anstoß zu einer heilsamen Entfaltung in ganz Europa sein. Entscheidend für die Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft sei aber schließlich der Wille der Wirtschaft zu Selbsthilfe. Es bedürfe dazu der Opfer aller Kreise und Großzügigkeit, vor allem der führenden.

Unruhen bei den marokkanischen Schützen

W.D. Paris, 25. März. (Tel.). Nach einer Meldung aus Casablanca, kam es zu einem Streit zwischen marokkanischen Schützen auf dem Posten Agulfa, nördlich von Tada. Die Befehlshaber des Postens, ein Leutnant und zwei französische Unteroffiziere, die die Ordnung wiederherstellen wollten, wurden von ihren Keuten getötet. Danach sind sämtliche marokkanischen Schützen in die Disziplinzone gestücht.

16 Matrosen einer französischen Marinestrafkompanie auf Korsika, die auf einem Gutsbof arbeiteten, entwarfenen ihren Wächter und flohen. Die Verfolgung hatte keinen Erfolg.

Letzte Nachrichten

Zur politisch-parlamentarischen Lage

Noch Hindernisse für die Staatsverabschiedung

M. Berlin, 25. März. (Priv.-Tel.). In parlamentarischen Kreisen wurde die Lage gestern abend wieder ernstlicher beurteilt als vorher. Die Entscheidung dürfte heute erst fallen. Doch glaubt man rein gefühlsmäßig, daß ein Ausweg gefunden wird, so daß die Verabschiedung des Etats spätestens am Freitag erfolgen kann.

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß das Landvolk und die Konservativen über die Einschränkung, die die Zollermächtigungsvorlage in der zweiten Lesung gefunden hat, verärgert sind, und daß sie daher gegen den Etat stimmen könnten. Es verlaute nämlich, daß die Rechtsopposition für diesen Fall in den Reichstag zurückkehren will. Doch wird das nicht allzu tragisch genommen. Ferner geht es weiter um die Frage, an welchem Termin der Reichstag wieder zusammentreten soll. Hier sind es die Sozialdemokraten, die der Mehrheit nicht ohne weiteres Gefolgschaft leisten wollen, weil sie befürchten, daß in der Zwischenzeit auch Verhandlungen auf sozialpolitischem Gebiet auf dem Weg über den Art. 48 der Reichsverfassung erfolgen könnten. Über diese Fragen wird zur Zeit noch verhandelt.

Aus dem Verwaltungsrat der Reichsbahn

Schenter-Vertrag und Ermäßigungen für Gesellschaftsfahrten

M. Berlin, 25. März. (Priv.-Tel.). In einem Kommuniqué der Reichsregierung über die gestrige Kabinettsitzung war in Bezug auf den Schenter-Vertrag gesagt worden, daß der Reichsverkehrsminister beauftragt worden sei, das Notwendige zu veranlassen. Eine Erklärung dieser etwas dunklen Formel erhält man aus den gestrigen Beratungen des Verwaltungsrats der Reichsbahn. Danach scheint man dort doch gewillt zu sein, auf einen Vergleich hinzuwirken, der auch die Interessen der anderen Seite berücksichtigen soll. Im übrigen wurde im Verwaltungsrat beschlossen, die bisher geltenden Ermäßigungen für Gesellschaftsfahrten und Ferienfahrgäste weiter zu vergrößern.

Die Bürgschaften für das Ausland-Geschäft

M. Berlin, 25. März. (Priv.-Tel.). Das Reichskabinett hat die Abmachungen der deutschen Industriellen mit den Russen gestern lediglich zur Kenntnis genommen. Eine Stellungnahme war nicht mehr erforderlich, weil sich die Verträge im Rahmen der bisherigen Bestimmungen halten. Zur Zeit wird zwischen den Ressorts darüber beraten, ob eine Erhöhung des Garantiefonds notwendig werden könnte, und welche Mittel dafür zu verwenden wären, ebenso aber auch noch über die Frage, ob man die Garantie selbst prozentual erhöhen soll, da ja die übrigen Staaten, soweit sie mit Russland Geschäfte treiben, größere Garantien als Deutschland ihren Staatsangehörigen geben.

Um die Regierung Macdonald

Ein konservativer Mißtrauensantrag

W.D. London, 25. März. (Tel.). Die Konservativen haben im Unterhaus einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung eingebracht. Zu dem Antrag wird das Unterhaus aufgefordert, zu erklären, da die Regierung es verjäumt hat, ihre Wahlversprechungen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit zu erfüllen und die Regierung aufgehört habe, auch nur den Versuch zur Abhilfe zu machen, besitze sie nicht das Vertrauen des Unterhauses.

Nach 4½stündigen Beratungen nahm die Liberale Partei mit 33 gegen 17 Stimmen eine allgemeine Erklärung über die Haltung an, welche die Partei im Unterhaus gegenüber der Regierung einzunehmen beabsichtige. In dieser Erklärung ist nicht mehr von einem Pakt oder Bündnis die Rede, vielmehr wird mit Nachdruck auf die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Liberalen Partei hingewiesen. Wie verlautet, wird der Regierung allgemeine Unterstützung in sämtlichen Fällen unter der Bedingung, daß sie eine Anzahl bestimmter politischer Richtlinien verfolge, welche die Liberalen im gegenwärtigen Zeitpunkt für unerlässlich halten.

Neue Unruhen in Spanien

W.D. Cordoba, 25. März. (Tel.). Arbeitslose nahmen aus den Ständen eines Marktplatzes und aus mehreren Bäckereien alle Lebensmittel fort. Als sie ihren Versuch auf einem zweiten Marktplatz wiederholen wollten, griff die Polizei ein und es kam zu einem Kampf, bei dem die Schutleute vom Revolver Gebrauch machen mußten. Mehrere Arbeiter wurden verletzt und mehrere festgenommen.

Neue Unruhen in Peru. In der peruanischen Hauptstadt Lima hat ein Regiment gemutet. Es kam zu einem Kampf mit den Regierungstruppen, wobei 40 Meuterer den Tod fanden. Die Regierung erklärt, Herrin der Lage zu sein.

* Vor der Verabschiedung des Etats

Es gibt vieles auf dem Gebiete der inneren und äußeren Politik, was uns mit Sorge erfüllt. Der Ernst der Zeiten drängt sich dem Chronisten täglich mit immer neuer Brutalität auf. Aber daneben gibt es doch auch Symptome günstigerer Art. Und als ein solches Symptom betrachten wir in erster Linie die Etatberatungen im Reichstag, die jetzt dicht vor ihrem Abschluß stehen.

Wenn man bedenkt, was das in früheren Jahren für eine Aufregung und für ein Durcheinander gegeben hat, bevor man den Etat schließlich spät im Sommer unter Dach und Fach brachte, dann muß man den Wandel, der sich hier vollzogen hat, in seiner Bedeutung umso höher einschätzen. Das Parlament, das allerdings nach dem Erodus der Rechtsopposition nur noch ein Rumpfparlament ist, hat sich den Wunsch des Reichskanzlers nach schleunigster Erledigung des Etats zu Herzen genommen. Und wir erleben jetzt die denkwürdige Tatsache, daß der Etat noch vor dem 1. April verabschiedet wird. Nichts kann dem Kredit Deutschlands im Auslande förderlicher sein, als dieses Faktum. Das Ausland sieht, daß die deutsche Reichsregierung unter Führung Brüning's stark genug ist, um ihren Willen durchzusetzen, und daß sie diese ihre Willenskraft ganz und gar in den Dienst einer sorgfältigen, überlegten und sparsamen Finanzpolitik stellt.

Außer dem Etat werden in diesen Tagen noch einige andere Punkte der parlamentarischen Arbeit erledigt werden, so das Dithilfegesetz, das Zollermächtigungsgesetz, das Ausgabenlenkungs-Ermächtigungsgesetz und die Vertagungsfrage. Was zunächst die Vertagung betrifft, so hat man sich jetzt darauf geeinigt, daß die Vertagung in aller Form bis zu einem Tag in der Mitte des Monats Oktober ausgesprochen wird. Sollte sich infolge ganz besonderer Umstände die Notwendigkeit einer früheren Einberufung ergeben, so wird es Sache des Reichstagspräsidenten Löbe sein, den Reichstag früher einzuberufen. Selbstverständlich würde es sich dann um eine Situation handeln, die so ernst ist, daß auch die Reichsregierung der früheren Einberufung nicht widerstrebt. Wahrscheinlich aber wird es zu solchen Komplikationen nicht kommen und das Parlament wird bis Mitte Oktober geschlossen bleiben. Die Reichsregierung wird also Gelegenheit haben, in Ruhe alle die Maßnahmen durchzuführen und vorzubereiten, die zur Verwirklichung und Abrundung des großen Sanierungsprogramms notwendig sind.

Sehr wertvoll sind für sie die beiden Ermächtigungsgesetze. Die Reichsregierung wird ermächtigt werden, Ausgaben des öffentlichen Haushaltes bis zur Gesamthöhe derjenigen Mehrausgaben oder Mindereinnahmen abzusetzen, die etwa im Laufe des Rechnungsjahres festzustellen sind; mit Ausnahme solcher Etatsansätze, die auf gesetzlich festgelegten Ansprüchen beruhen. Die Ermächtigung soll fallen, wenn die jetzige Reichsregierung zurücktritt, oder in der Befugung des Kanzlerpostens ein Wechsel eintritt.

Noch nicht ganz geklärt ist die Lage bezüglich des Zollermächtigungsgesetzes. Auf Wunsch der Sozialdemokratie und der Kommunisten sind im Ausmaß zwei Sicherungsklauseln eingeführt worden, nämlich die Bindung an den gegenwärtigen, durchschnittlichen Brotpreis, der nicht gesteigert werden darf, und die Rücksichtnahme auf die Ernährungsziffer. Der Index steht gegenwärtig auf 131 und befindet sich schon seit geraumer Zeit im Sinken. Erst dann, wenn er dauernd über 133 steigen sollte, hätte die Reichsregierung ganz bestimmte Maßnahmen auf dem Gebiete des Zollwesens und auf dem Gebiete der Quotenbemessung für die Ausmahlung zu ergreifen, um die Preise wieder zu senken. Die Faktion des Landvolkes ist mit dieser Abänderung nicht einverstanden und hat gestern beschlossen, das Zollermächtigungsgesetz abzulehnen. Nun besteht allerdings noch immer die Möglichkeit, daß bis zur endgültigen Verabschiedung im Plenum die sozialdemokratischen Forderungen modifiziert werden. Im allgemeinen ist aber wohl der Wunsch maßgebend, das ganze große Werk der Etatberatung einschließlich der übrigen Gesetze nicht an dieser Differenz scheitern zu lassen.

Der erste Bischof von Kagen, Dr. Bost, wurde heute, Mittwoch, vormittag im Dom feierlich intronisiert.

Rundgebung der Eisenfertigungsindustrie Für Lastensenkung und gegen Ueberspannung der Agrarzölle

Im Wuppertal veranstaltete am Montag unter dem Motto „Wirtschaft in Not“ die Eisenfertigungsindustrie eine Rundgebung.

In den Referaten sprachen sich alle Redner für eine Änderung des Wirtschaftssystems aus. Direktor Cramer, Aue i. Sa., wies auf die Bedeutung der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie hin, die 10 bis 12 Prozent der deutschen Ausfuhr verkörpern und mindestens 650 000 Arbeiter beschäftigen. Als den Zweck der Tagung bezeichnete er die Feststellung, daß die Eisenfertigungsindustrie am Ende ihrer Kräfte angelangt seien. Verschiedene Redner verlangten die Aufrechterhaltung der Handelsverträge. Direktor Carl Zell bezeichnete als Hauptursache der Schwierigkeiten die Unmöglichkeit, Kapital zu beschaffen. Er bat die Reichsregierung, die Fesseln der gesetzlichen Gebundenheit in der Wirtschaft, vor allem der Tarifgebundenheit, zu beseitigen. Generaldirektor Junghans, Schramberg, bekannte sich zum Kapitalismus, als der für die Menschheit befürchtlichsten und würdigen Form der Wirtschaftsorganisation.

Im Verlaufe der Rundgebung betonte Staatssekretär Dr. Trenbelenburg, der Leiter des Reichswirtschaftsministeriums, daß er in sehr vielen Punkten über von den Rednern dargelegte Grundbeurteilung durchwegs zustimmen könne. Vielleicht habe der geforderte Systemwechsel sich schon zu vollziehen begonnen. Industrie und Landwirtschaft seien aufeinander angewiesen. Es sei eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben, zwischen den widersprüchlichsten Ansprüchen der Industrie und der Landwirtschaft einen Ausweg zu finden. Die mangelnde Kapitalversorgung sei eine Folge mangelnder Rentabilität und mangelnden Vertrauens, auf deren Wiederherstellung es ankomme, wozu einhellige Zusammenarbeit aller notwendig sei. Die Reichsregierung sei ernsthaft bemüht zu helfen und der Wirtschaft die notwendige Entlastung zu ermöglichen.

Am Schluß der Rundgebung der Reichsgemeinschaft der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrien sagte der Vorstand der Reichsgemeinschaft eine Entschliessung, in der es u. a. heißt: Die wirtschaftliche Lage der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie kann nicht ernst genug betrachtet werden. Mangel an Arbeit und Kredit haben bereits zahlreiche Betriebe zum Stillstand gebracht. Daher fordern diese Industrien, in letzter Stunde, in Einlösung wiederholt und früher gegebene Versprechungen, eine fühlbare und umfassende Senkung der steuerlichen und sozialen Lasten vorzunehmen. Nach der Forderung, die Lohnfrage in Zukunft lediglich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu regeln, wird weiter gesagt: Unabsehbar für unsere Industrie und für das gesamte Volk ist die Gefahr, die durch die Annahme überspannter landwirtschaftlicher Zollforderungen droht.

Die Arbeitsmarktlage im Reich

Stillstand, aber keine Abnahme

Infolge der ungünstigen Witterung in der ersten Märzhälfte ist nach dem Bericht der Reichsanstalt in dieser Periode auf dem Arbeitsmarkt eine gewisse Stagnation eingetreten. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß Anzeichen einer vorläufig noch schwachen Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit auch weiter bemerkbar sind.

Am 15. März waren von den bei den Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitsuchenden rund 4 980 000 als arbeitslos anzusehen. Am 15. März wurden von der Arbeitslosenversicherung rund 2 526 000 gegen rund 2 589 000 Hauptunterstützungsempfänger Ende Februar betreut. Die Belastung der Arbeitslosenversicherung ist erwartungsgemäß weiter gestiegen, und zwar von rund 908 000 Ende Februar auf rund 949 000 Hauptunterstützungsempfänger Mitte März. Nach der vorläufigen Fällung für Ende September waren von den zu diesem Zeitpunkt gezählten Arbeitslosen 52,1 Proz. Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, 18,3 Proz. in der Arbeitslosenversicherung, während ungefähr ebensoviel als Wohlfahrtsunterstützte von der gemeindlichen Fürsorge laufend unterstützt wurden.

6 Millionen Arbeitslose in Amerika. Nach einer Schätzung des Arbeitssekretärs belief sich die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten im Januar auf mehr als 6 Millionen.

Wimpina-Festspiel in Buchen. Schriftleiter Ahs in Staufen, der Verfasser des bekannten Staufener Faust-Spiels, hat soeben ein Konrad-Wimpina-Festspiel vollendet, das anlässlich des 400. Todestages des aus Buchen gebürtigen Gottesgelehrten, in Buchen zur Aufführung kommen wird. In drei dramatisch gestalteten Bildern gibt das Spiel einen Querschnitt durch das Leben Wimpinas. Das erste Bild zeigt den Abschied Wimpinas von der Vaterstadt, im zweiten Bild schauen wir den großen Theologen als Rektor der Universität Frankfurt a. d. O., das letzte Bild führt Wimpina vom Reichstag zu Augsburg nochmals in die Heimat, wo ihm hohe Ehren zuteil werden. Bekanntlich hat Wimpina sein ansehnliches Vermögen durch Testament zum größten Teil den Armen und den Schulen von Buchen vermacht.

Gründung eines Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verbandes. Die Zeitungswissenschaftliche Vereinigung in München und der Zeitungswissenschaftliche Verein in Berlin haben sich zu einem Deutschen Zeitungswissenschaftlichen Verband zusammengeschlossen. Die an anderen Orten bestehenden Zeitungswissenschaftlichen Vereinigungen sind zum Beitritt eingeladen worden.

Der Stand des Großrundfunkenderbaus. Aber den jetzigen Stand des Großrundfunkenderbaus gibt das Reichspostministerium folgendes bekannt: Die Arbeiten zur Verstärkung des Deutschlandsenders auf 75 Kilowattstunden und die Erprobung der neuen Großleistungsrohren, die im übrigen für alle neuen Großsender vorgesehen sind, sind soweit fortgeschritten, daß entsprechend der bisherigen Veröffentlichung mit der Inbetriebnahme des verstärkten Senders im Laufe des Monats April zu rechnen ist. Die Verstärkung des Langenberger Senders geht in der Weise vor sich, daß ein neuer 75-Kilowatt-Sender aufgestellt wird, um einen glatten Übergang auf die höhere Leistung sicherzustellen. Den nächsten Abschnitt im Großsenderbau bildet die Erstellung der Sender Breslau, Leipzig und Frankfurt a. M.

Erinnerungstafel an der ältesten Druckerei der Welt. Aus Palma auf der spanischen Insel Mallorca wird berichtet, daß dort in Anwesenheit des Gemeinderats dieser Lage eine Erinnerungstafel an der Druckerei Quasf angebracht worden sei. Diese Druckerei ist im Jahre 1579 gegründet worden, und ihr Betrieb ist bis auf den heutigen Tag aufrecht erhalten worden. Man nimmt an, daß sie die älteste Privatdruckerei der Welt ist.

Aus dem Reichstag

Die dritte Beratung des Etats

Der Reichstag begann am Dienstag mit der dritten Beratung des Etats. Dazu lag ein Antrag aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, des Landvolks und der Volkserwerbslosen vor, der der Regierung Ermächtigung für die Dauer ihres unüberänderten Bestehens die Ermächtigung zu Erparnissen über die Etatsansätze hinaus gibt. Reichsfinanzminister Dietrich stellte sich auf den Boden dieses Antrages.

Der Haushalt des Auswärtigen Amtes gab dem sozialdemokratischen Fraktionsführer Dr. Dreißheid Gelegenheit, in einer kurzen Erklärung zu dem neuen Wirtschaftsabkommen mit Österreich Stellung zu nehmen. Der Redner fand Zustimmung über die Reihen seiner Partei hinaus, als er einerseits die Angriffe des Auslandes gegen das neue Abkommen zurückwies, andererseits aber verlangte, daß der Reichsaussenminister künftig nicht mehr wie in diesem Fall den Reichstag vor vollendete Tatsachen stellen möge.

Nach kurzer Aussprache wurden die meisten Etats bewilligt. Die wichtigsten Bestimmungen wurden allerdings auf heute vertagt, darunter auch die Bestimmungen über die Panzerschiffbauverträge. Endgültig genehmigt wurde der internationale Schiffsicherheitsvertrag von 1920.

Die Erregung über den schon einmal im Reichstag erörterten Schenker-Vertrag der Reichsbahn kam noch einmal zum Ausdruck in einer Aussprache über den Bericht des Verkehrs-ausschusses, der die Anrufung des Reichsgerichts zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit dieses Vertrages beantragt. Reichsverkehrsminister v. Guérard erklärte, er halte auch heute noch an seinem früher vertretenen Standpunkt fest, daß der Schenker-Vertrag ohne Zustimmung der Reichsregierung nicht gültig sei. Die Regierung werde nach der Stellungnahme des Verwaltungsrates der Reichsbahn die Sache weiter verfolgen. In sehr weitgehender Mäßigkeit auf die Bequemlichkeit der Parlamentarier wurde auch die Abstimmung über die Anträge zum Schenker-Vertrag zurückgestellt.

Die zweite Beratung des Hilfsgesetzes wurde eingeleitet durch eine Rede des Ministers Treviranus. Der Minister wandte sich scharf gegen die Angriffe der äußersten Rechten gegen das Gesetzgebungswerk. Er bemerkte, daß mit Staatshilfe allein der Landwirtschaft heute ebensowenig geholfen werden könne, wie in früheren Zeiten. Die Hilfe solle aber Möglichkeiten schaffen, den Betrieben zu helfen, deren Grundlage noch gesund sei.

Die Aussprache, in der alle bisher zu Wort gekommenen Redner, mit Ausnahme der Kommunisten, sich für die Vorlage erklärten, wird am heutigen Mittwoch, 12 Uhr, fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht außer den gestern zurückgestellten Bestimmungen die zweite Beratung des Gesetzes über Zolländerungen.

Die Löhne der Reichsarbeiter

Die in der letzten Woche abgebrochenen Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter sind am Dienstag in Berlin wieder aufgenommen worden. Dem „Vorwärts“ zufolge haben sie wiederum zu keinem Ergebnis geführt. Die Regierung habe jetzt einen 10prozentigen Lohnabbau verlangt.

Die Organisationen hätten im Verlauf der Verhandlungen der Regierung einen Gegenvorschlag gemacht, die Arbeitszeit allgemein auf 48 Stunden festzusetzen, was ohne weiteres einen Lohnabbau von mindestens 6 Proz. bedeuten würde. Nach längeren Verhandlungen erklärten die Regierungsvertreter, einen weiteren Vorschlag nicht machen zu können. Die Angelegenheit müsse nunmehr das Reichskabinett beschäftigen.

Die Bahnarbeiterlöhne. Die Reichsbahn hat den Schieds-spruch vom 19. März, der eine durchschnittliche Senkung der Reichsbahnarbeiterlöhne um 6 Proz. vorseht, angenommen und wird seine Verbindlichkeitserklärung beantragen, wenn der Schiedsspruch von den Gewerkschaften abgelehnt werden sollte.

Kurze Nachrichten

Vertagung der Strafrechtsreform. Der Strafrechtsausschuss des Reichstags beschloß, die Arbeiten an der Strafrechtsreform erst am 22. September fortzusetzen.

Ein Sieg des Abgeordneten Dreviw. Die gestrige Sitzung des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei beschäftigte sich in nahezu 10stündigen Verhandlungen mit dem von 12 Wahlkreisen geforderten Rücktritt des Parteivorsitzenden Dreviw. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt, da sich Parteivorstand und Reichstagsfraktion wieder hinter Dreviw stellten.

Die Arbeitszeit im Kohlenbergbau. Der englische Bergbau-minister wird sich am 28. März in Berlin aufhalten, und mit dem Reichsarbeitsminister über Fragen der internationalen Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau sprechen.

Vollzug des Weingesezes. Wie aus Berlin gemeldet wird, sollen die Ausführungsbestimmungen zu dem im vergangenen Sommer verabschiedeten Weingesez noch in den letzten Tagen dieser Woche im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden.

Der Organisationsausschuss für die Europa-Union ist in Paris heute Vormittag unter dem Vorsitz des französischen Außenministers zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

Neues Kabinett Albanis in Reikland. Wie aus Riga gemeldet wird, gelang es dem Führer des Bauernbundes Albanis ein neues Kabinett der Koalition der Bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien zu bilden. Albanis übernimmt die Minister-präsidenschaft und das Ministerium des Äußeren. Die neue Regierung wird auch von der Deutschen Fraktion unterstützt.

Amerikanische Kirchen zur Frage der Geburtenkontrolle. Der in New York gegenwärtig tagende Rat der christlichen Kirchen Americas, in dem besonders die Freie Protestanten-gruppe vertreten ist, faßte einen Beschluß, worin das Prinzip der Geburtenkontrolle durch Anwendung von Schwangerschaft verhütenden Mitteln unter gewisser Voraussetzung gebilligt wird.

Schutz gegen Waldbrände

Die Waldbrandgefahr ist in diesem, bisher überaus trof-fenen Frühjahr besonders groß, da bei der anhaltenden Frostperiode größere Niederschläge in letzter Zeit ausgeblieben sind. Der Schnee ist verdunstet, ohne wie in anderen Jahren vom Boden aufgesogen zu werden. Das weisse Gras und Laub, besonders aber auch die Kulturen und Dünungen, sind trocken und geben einem Feuer reichliche Nahrung. Es muß deshalb von neuem darauf hingewiesen werden, welche große Gefahr durch das Rauchen und Feueranzünden im Freien dem Walde droht. Besonders häufig ist das unachtsame Fort-werfen von brennenden oder glimmenden Zündhölzern und Zigaretten- und Zigarettenresten, sowie auch das Abkochen in und an dem Walde die Ursache gefährlicher Brände. Gerade diese Ursache läßt sich aber bei einiger Vorsicht und bei einem Verantwortungsgefühl vermeiden.

Aus den Ländern

Die Elektrizitätsversorgung Württembergs

Die Generalversammlung der Württembergischen Landeselek-trizitäts A.-G., Stuttgart, der gemischtwirtschaftlichen Strom-verteilungsgesellschaft des Landes beschloß nach Zuweisung von 450 000 RM (400 000) zur Erneuerungsrücklage aus einem verbleibenden Reingewinn von 416 912 RM (403 346) 5 (6) Prozent Dividende auf 7,5 Mill. Reichsmark Aktienkapital. Die bei der letzten Generalversammlung in Aussicht gestellten Zusammen-schlußverhandlungen mit der Württembergischen Sammelstie-len A.-G. in Stuttgart, der anderen (rein kommunalen) Ver-teilungsgesellschaft in Württemberg, seien inzwischen aufgenom-men worden. Bei der Bilanz sei jedoch kein Interesse an einer Fusion vorhanden. Auch die Errichtung einer Dachgesellschaft scheide aus. Die Verhandlungen würden weitergeführt mit dem Ziel, eine Basis für die gemeinsame Erfüllung allgemeinerer Aufgaben zu finden. Wie die Verhandlungen ausgehen würden, sei zur Zeit noch nicht abzusehen; ihr Abschluß werde kaum vor Herbst zu erwarten sein.

Der Konflikt in Thüringen

Der Aussenrat des Thüringischen Landtags hat mit Mehr-heit, das heißt auch mit Zustimmung der Vertreter der Deut-schen Volkspartei, beschlossen, daß am 1. April eine Vollstän-digung stattfindet und dabei die sozialdemokratischen Wirt-schaftsanträge gegen die nationalsozialistischen Regierungs-mitglieder Dr. Fria und Marschler auf die Tagesordnung ge-setzt werden sollen. Das Verlangen der Kommunisten, als weiteren Tagesordnungspunkt dieser Sitzung den kommuni-stischen Antrag auf Landtagsauflösung vorzulegen, wurde ge-gen die Antragsteller bei Stimmenthaltung der Sozialdemo-kraten abgelehnt. Auch die Nationalsozialisten stimmten gegen die kommunistische Forderung. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist, wie es heißt, entschlossen, dem Wirt-treutrantrag zuzustimmen.

Im Rheinischen Provinziallandtag in Düsseldorf kam es zu einem heftigen Tumult zwischen Kommunisten und Sozial-demokraten und Nationalsozialisten andererseits. Zwei Na-tionalsozialisten wurden für drei bzw. sechs Tage ausgeschlos-sen. Die Abgeordneten der nationalsozialistischen Fraktion erklärten hierauf, daß sie an den Sitzungen nicht mehr teil-nehmen werden und verließen den Saal.

Im Sächsischen Landtag wurde der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtags in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Ueberraschender Abschluß der eidgenössischen Staatsrechnung

Der eidgenössische Voranschlag für 1930 sah einen mutmaß-lichen Fehlbetrag von rund 45,5 Millionen Franken vor. Statt dessen schließt — wie aus Bern gemeldet wird — die Verwal-tungsrechnung bei einer Gesamteinnahme von rund 433 Mil-lionen Franken mit einem Einnahmehüberschuß von 6,7 Mil-lionen Franken ab. Aber dies ist der Betrag aus der Fiskal-belastung des Tabaks mit 25,4 Millionen Franken dem Fonds für Alters- und Hinterbliebenenversicherung zugeführt wor-den. Mit dieser Einlage beträgt der Fonds 125 Millionen Franken. Der Passivsaldo der eidgenössischen Staatsrechnung konnte seit 1926, wo das Defizit seinen höchsten Punkt er-reicht hatte, unter Anrechnung der Tilgungserlösen nach und nach von 1,566 Milliarden auf 1,272 Milliarden im Jahre 1930 vermindert werden.

Zusammenstöße in Indien

W.B. Ganapoo, 25. März. (Tel.) Im Anschluß an die Protestkundgebungen gegen die Hinrichtung von drei Verschwö-rern in Lahore kam es hier zu blutigen Zusammenstößen, bei denen nach den bisherigen Feststellungen 19 Personen getötet und 50 verletzt wurden. Der Geschäftsverkehr ruht. Die Lage ist ernst. Gestern Abend war das Betreten der Straßen vom einer gewissen Stunde ab verboten.

Ein Friedensbund der Geistlichkeit. Die Geistlichen der Kirche von England haben zur Förderung des Friedensgedan-kens und der Abrüstung die Gründung eines „Friedensbundes der Geistlichkeit“ beschlossen.

Kleine Chronik

Die Fliegerin Ely Weinhorn, über deren Schicksal nach ihrem Abfluge von Bamako seit 4 Tagen völlige Ungewiß-heit herrschte, ist nach einem Fußmarsch von 50 Kilometer in Timbuktu eingetroffen. Sie hatte wegen Ölrohbruchs not-landen und das Flugzeug und ihr Gepäck zurücklassen müssen.

Die Strafkammer Stuttgart hat die Haftbeschwerde von Dr. Wolff und Frau Dr. Stenke-Jacobowitz verworfen. Die Straf-kammer war der Ansicht, daß bei beiden Beschuldigten Flucht-verdacht vorliegt und daher auch die Kaution von Dr. Wolf, der sich in Freiheit befindet, nicht freigegeben werden kann.

In Frankfurt a. M. wurde der frühere Stadtverordnete und Vorsitzende der Kirchensteuerkommission, Nagel, wegen Unterschla-gung von 160 000 RM Kirchensteuergeldern zu zwei Jahren sechs Monaten verurteilt.

In Straßburg und in Elsfah ist man einem riesigen Lot-terieschwindel auf die Spur gekommen. Ein gewisser Karl Gahn hat mit Unterstützung eines größeren Pariser Presse-unternehmens, das ihm an die 100 000 Franken zur Verfü-gung gestellt haben soll, eine originelle Tombolaart ausge-klügelt. Das große Los sollte ein Anwesen im Werte von 150 000 Franken sein. Wie sich jetzt herausstellte, hat diese Tombola weder eine gesetzliche noch finanzielle Grundlage. Das schönste ist, daß die „patriotischen“ Blätter die Tombola nicht genug empfehlen konnten. Der Millionenschwindler konnte bisher noch nicht aufgefunden werden.

In Heitramsdorf bei Koburg ist die Möbelfabrik von Al-brecht durch ein Großfeuer völlig zerstört worden. Der Sach-schaden beträgt über eine Million und ist nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Die Hochschule von 70 Mann ist brot-los geworden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Zum Bartensteiner Prozeß gegen den Versicherungsmörder Caffran u. Gen. beantragte heute, Mittwoch, der Staats-anwalt, gegen die Hauptangeklagten Caffran und Rind die Todesstrafe wegen Mordes, sowie 12 Jahre Zuchthaus wegen Mordversuchs, Brandstiftung, Versicherungsbetrugs, Urkun-denfälschung und Urkundeneinfälschung, gegen die Mitange-klagte Augustin 7 Jahre Zuchthaus.

In der Nähe von Montpellier ist am Dienstag aus bisher noch ungeläuter Ursache das Auto des Grafen de Artois, der selbst feuerte, in den Kanal gestürzt. Der Wagenführer so-wie die 5 Insassen, 2 Kammerdiener, 2 Kammermädchen und 1 Kind, kamen ums Leben.

Badischer Teil

Glückwünsche für den badischen Staatspräsidenten

Des Doppeljubiläums des badischen Staatspräsidenten und Innenministers Wittmann gedacht in Reich und Land, die führenden Persönlichkeiten. U. a. haben auch die Hochschulen des Landes, die Bürgermeister der Städte, die amtlichen Vertreter u. a. dem Staatspräsidenten zu seinem 65. Geburtstag und 40jährigen Dienstjubiläum gratuliert.

Badischer Verkehrsverband

Tagung des Landesauschusses in Oertlich
Der Landesauschuss des Badischen Verkehrsverbandes hielt in Oertlich unter dem Vorsitz des Präsidenten, General-Fonfuss Mensinger, seine Frühjahrstagung ab.

Syndikus Kieger hob in seinem Bericht über die diesjährige Winterreise hervor, daß die Schwarzwaldbahn trotz harter Schneefälle mit ganz geringen Ausnahmen erfreulicherweise schneefrei gehalten werden konnten, und so für den Autoverkehr befahrbar waren. Der Schnee bzw. Winterwetter wurde in Verbindung mit der Badischen Landesverkehrsverwaltung in umfassender Weise durchgeführt. Für den nächsten Winter wird eine Vereinfachung des Schneemeldebienstes derart angestrebt, daß zusammenhängende Gebiete mit ungefähr gleichen Schnee- und Sportverhältnissen zusammengefaßt werden. Unter den verschiedenartigen Werbemaßnahmen des Verkehrsverbandes wurde insbesondere die Spezialwerbung durch Modelle von Schwarzwaldbahnhäusern und durch Schwarzwaldbühnen erwähnt. Als aktuelle und wirksame Neuerung unter den Werbemaßnahmen wurde die Einführung fester Wochenpreise für badische Fremdenbetriebe allgemein begrüßt. Die neugeschaffene Reichsorganisation für Fremdenverkehr ist von der Reichsregierung als zuständige Stelle für die Behandlung wichtiger deutscher Fremdenverkehrsfragen anerkannt worden. Baden wird bei dieser Reichsorganisation durch den stellvertretenden Präsidenten des Badischen Verkehrsverbandes, Präsident Dr. Gugelmeier, Mannheim, vertreten.

Die wichtigsten Fahrplanänderungen in diesem Jahre wurden bekanntgegeben. Durch Kürzung der Fahrzeiten und durch Herstellung neuer Anschlüsse hat man eine Reihe wichtiger Verbesserungen für Baden erreicht. Von mehreren Seiten wurde auf die Wichtigkeit eines ausgedehnten Flugliniennetzes für Baden hingewiesen. — Die diesjährige Hauptversammlung des Badischen Verkehrsverbandes findet als 25-jährige Jubiläumstagung am 20. Juni in Karlsruhe statt.

Vorsicht beim Geldwechseln!

In letzter Zeit treten in Baden wieder Betrüger auf, die Inhaber von Ladengeschäften oder deren Angestellte beim Geldwechseln schädigen. Der Vorgang spielt sich ungefähr wie folgt ab. Ein Unbekannter betritt den Laden, verlangt eine Kleinigkeit (Zigaretten, Schokolade), gibt einen größeren Geldschein in Zahlung, den er wieder zurückverlangt und mit Kleingeld zahlt. Dann bittet er den Ladenbesitzer, ihm den Geldschein (20 oder 50 RM) zu wechseln. Während das Wechselgeld hinauszählt wird, verlangt er noch etwas zu kaufen oder fängt Gespräche an, nimmt dann das Wechselgeld samt dem Geldschein an sich, oder hat den Geldschein überhaupt nicht aus der Hand gegeben. Durch die vielerlei Wünsche des Betrügers, und weil er rasch bedient sein will, wird die Verkäuferin verwirrt; sie merkt das Fehlen des Geldscheines erst, wenn der Betrüger verschwunden ist. Oft kommt auch ein Komplize des Täters in den Laden und lenkt die Aufmerksamkeit auf sich, um das Gelingen des Betrugs zu erleichtern.

Weiter erfolgen Schädigungen dadurch, daß außer Kurs gesetzte Geldscheine und Münzen in betrügerischer Absicht in Zahlung gegeben werden.

Das Landespolizeiamt warnt wiederholt vor diesen Betrügern.

Vorbildung und Ausbildung der Ainderärztinnen und Hortnerinnen

Nr. 8 des Amtsblattes des Badischen Ministeriums des Kultus und Unterrichts bringt die Vereinbarung der Länder über die Vorbildung und Ausbildung von Ainderärztinnen und Hortnerinnen vom 16. Dezember 1930.

Zum Fall Gdert

berlautet, daß das Urteil des kirchlichen Verwaltungsgerichtes, dessen Niederschrift mit der Darstellung des Tatbestandes über 40 Seiten im Aktienformat umfaßt, erst Ende dieser Woche den Parteien zugehen und also kaum vor Sonntag publiziert werden wird. Vom Inhalt des Urteils ist bis jetzt nichts verlautbart. Alles, was gerüchweise verbreitet wurde, sei unrichtig.

Aus der badischen Industrie

Neuer Schiedspruch in der badischen Textilindustrie. Nachdem der erste Schiedspruch in der badischen Textilindustrie wegen formaler Mängel nicht verbindlich erklärt worden war, fanden am Montag neue Verhandlungen vor dem Landesgeschäftlicher für Südwestdeutschland statt. Diese endeten mit dem Erlass eines neuen Schiedspruches, in dem die formalen Mängel beseitigt sind, der aber in materieller Hinsicht im großen und ganzen den früheren Schiedspruch aufrechterhält. Lediglich Beginn und Ende des Schiedspruchs sind um einen Monat hinausgeschoben worden. Ebenso sind bei der Arbeitslohnberechnung Verbesserungen eingetreten. Dagegen verbleibt es beim Abbau der sogenannten Abtatzzulage. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum nächsten Freitag. Der Deutsche Textilarbeiterverband und der Christliche Textilarbeiterverband Sektion Baden haben — wie dazu mitgeteilt wird — beschlossen, auch den neuen Schiedspruch für die badische Textilindustrie abzulehnen. Da die Arbeitgeber den Schiedspruch annehmen, dürfte die Angelegenheit ein zweites Mal vor das Reichsarbeitsministerium kommen.

Betriebsaufnahme in der Ziegeleiindustrie. Nach einer mehrmonatigen Winterpause werden die Ziegeleien der Gehr. Bött. Bruchsal, in Rauenberg (Amt Wiesloch) am kommenden Montag, den 30. März, den Betrieb wieder aufnehmen. Das Werk beschäftigt etwa 100 Arbeiter, so daß der Arbeitsmarkt der Gemeinde eine erfreuliche Entlastung erfährt.

Ausperrung in Karlsruhe. Bei der Firma Gaid & Neu, Nähmaschinenfabrik, sind wegen der beabsichtigten Lohnföhrung Differenzen mit der Belegschaft entstanden, die dazu führten, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt wurden.

Der badische Landesfeuerwehrtag wird in der Zeit vom 4. bis 7. September 1931 in Mannheim stattfinden. Dieser Tagung, an der voraussichtlich mindestens 5000 Personen teilnehmen werden, werden laut Stadtratsbeschluss die für derartige Veranstaltungen üblichen Vergünstigungen gewährt.

Gemeinderandschau

Bürgermeisterwahlen. Reidental (Rurgial) hat in der Person des Fortschreiters Leopold Kottler einen neuen Bürgermeister erhalten. Der Gewählte konnte 370 Stimmen auf sich vereinen, während der Bürgermeisterstellvertreter Karl Wieland, wie schon das letztmal, 178 Stimmen für sich buchte. — Nachdem ein dritter Bewerber um den Schopfheimer Bürgermeisterposten seine Bewerbung zurückgezogen hat, stehen sich ein sozialdemokratischer Kandidat und ein Kandidat der bürgerlichen Mitte gegenüber. Nach Lage der Parteiverhältnisse in Schopfheim ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß einer von ihnen die absolute Mehrheit erhält. Der Wahltermin ist daher bis auf weiteres verschoben worden. Man will zunächst versuchen, aus der Liste der nicht in engere Wahl gezogenen Bewerber einen Kandidaten zu nominieren, der Aussicht hat, gewählt zu werden. — In Labenburg wird anfangs Juni die Neuwahl des Bürgermeisters stattfinden, da die Amtszeit des derzeitigen Stadtoberhauptes bis dahin abgelaufen ist. — Bei der Bürgermeisterwahl in Niebheim (Engen) wurde der bisherige Bürgermeister Robert Schwab einstimmig wiedergewählt.

Der Voranschlag in Bad Rappenau für 1931/32 ist fertiggestellt. Zur Deckung des Fehlbetrages wird neben der Gemeindeförderung die Einführung der Bürgersteuer und Gemeindehiersteuer vorgeschlagen.

Der Gemeindevoranschlag von Gernsbach für 1931/32 begreift die Gesamtausgaben auf 615 407 RM, die Gesamteinnahmen auf 450 085 RM, so daß rund 165 000 RM durch Realsteuern zu decken sind. Diese betragen bei dem Liegenschaftsvermögen 108 RM, beim Betriebsvermögen 43 RM, beim Gewerbevermögen bis zu 10 000 RM 645 RM und über 10 000 RM 806 RM.

Einführung der Bürgersteuer in Haslach. Der Bezirksrat hat die Stadtgemeinde Haslach i. N. angewiesen, die Bürgersteuer für das Jahr 1930 einzuführen.

Aus der Landeshaupstadt

Rundgebung der Eisenbahner. Letzten Sonntag tagte in Karlsruhe die Arbeiterfachgruppe der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Baden. Das Hauptvorstandsmitglied Klein (Berlin) erlittete den aus dem ganzen Lande erschienenen Delegierten Bericht über die Vorgeschichte des Schiedspruches. Es wurde einstimmig eine scharfe Entschärfung gefordert, worin unter allen Umständen die Ablehnung dieses Schiedspruches durch die Gewerkschaft verlangt wird. Dieser würde sich im Hinblick auf die Feierlichkeiten, die der Arbeiterfachgruppe zugemutet werden, sich zu einer direkten Bedrohung der Existenz der Arbeiterfachgruppe auswirken. Zunächst müßten unnötige Ausgaben, die sich die Reichsbahn immer noch leisten, beseitigt werden. Deshalb wird gefordert: 1. Beseitigung unerbötlicher Gehälter der Beamten in leitender Stellung, die das dreifache dessen betragen, was gleichartige Beamte des Reiches und der Länder an Einnahmen beziehen. 2. Beseitigung der Leistungszulagen und dafür Befreiung der Franzensulage, die der Schiedspruch genommen hat. 3. Einsparung der Aufwendungen für den militärisch organisierten Bahnschutz und anderer unnötiger Ausgaben.

Badisches Landestheater. Franz Werfel, der hier als Dramatiker bereits mit seinen Dramen „Juarez und Maximilian“ und „Paulus unter den Juden“ zu Worte kam, erscheint mit dem am Samstag, dem 28. März, zur Erstaufführung kommenden „Tragödie eines Führers“: „Das Reich Gottes in Sühnen“, mit einem dritten, seinem jüngsten Werk in unserem Spielplan. Auch mit diesem Drama gibt der Dichter „großes Theater“, in dem das historische Spiegelbild lebendige Gegenwart ist. Man könnte das Stück, dessen Stoff dem böhmischen Hussitenaufstand (1431—1434) entnommen ist, auch die zwangsläufige Tragödie der Revolution nennen, die mit Haltung und Größe die kämpfenden Gewalten der Religion und des Geistes zu bannen sucht. — Die überaus schwierige Inszenierung des Werks lag in den Händen Felix Baumhachs. Paul Hiel spielt die Hauptrolle des hussitischen Führers „Prokop“.

Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, kann eine Verlängerung der großen Pariser Original-Revue „Le Chic de Paris“ infolge anderweitiger Verpflichtungen nicht stattfinden. Die Revue spielt infolgedessen nur noch bis 31. März. Diese Revue muß jedes gesehen haben. Durch das Hinzukommen eines deutschen Ansehers, welcher die einzelnen Bilder und deren Inhalt erklärt, wird die Revue für jeden Besucher verständlich. Die Benützung des Vorverkaufes im Zigarrenhaus Mehle, Ecke Waldstraße und Passage, ohne Preisausschlag, wird empfohlen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Der Einfluß des Hochdruckgebietes, das heute mit nahezu 780 Millimeter Luftdruck über England liegt, setzt sich auf dem Mitteleuropäischen Festlande immer mehr durch. Die über Frankreich liegende Störung ist aufgefüllt. Gleichzeitig haben bei uns nordöstliche Winde eingesetzt. Es steht daher wieder für mehrere Tage trockenes Hochdruckwetter bevor. — Voraussage: Vorwiegend heiter und trocken bei nordöstlichen Winden. In Niederungen stellenweise leichter Nachtfrost mit Frühnebel, tagsüber milde.

Wasserstände: Waldsuhl 346 plus 12, Basel 170 plus 12, Schutterinsel 238 plus 12, Rehl 364 plus 1, Rofen 560 plus 6, Mannheim 510 plus 8, Gaub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

hpd. Mannheim, 22. März. Die im Sommer ins Leben gerufene Rothschule für Erwerbslose muß vorläufig ihre planmäßige Arbeit einstellen, weil die bisher benutzten Räume für andere Zwecke freigegeben werden müssen. Mit einer kleinen Feier wurde am Samstagmorgen dieser einseitige Abschlus der Arbeitsgemeinschaft begangen. Umrahmt von musikalischen Darbietungen Mannheimer Künstler gab der Leiter der Rothschule, Dr. Eppstein, der Hoffnung Ausdruck, daß die segensreiche Arbeit der Rothschule bald wieder fortgesetzt werden kann.

hpd. Mannheim, 25. März. Der Polizeikommandant Karl Pfanner, der in einer nationalsozialistischen Versammlung zu Sriedenheim beleidigende Angriffe gegen den Minister Dr. Remmelde gerichtet hatte, war vom Landgericht Mannheim zu einer Geldstrafe von 200 RM verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht entsprechend dem Antrag des Reichsanwaltes verworfen.

hpd. Mannheim, 22. März. Eine von den hiesigen Gastwirten beantragte Umfrage hat ergeben, daß der Umsatz in den Mannheimer Gastwirtschaften um 40—50 Prozent zurückgegangen ist.

hpd. Mannheim, 22. März. Die Mannheimer Mai-Feiern, die in Verbindung mit dem historischen Maimarkt stehen, werden am 3., 5. und 10. Mai stattfinden.

hpd. Todtnau, 22. März. Der um die Entwicklung des badischen Schwarzwaldburgen Todtnaus hochverdiente Bürgermeister Schmidt konnte dieser Tage seinen 70. Geburtstag feiern.

hpd. Heidelberg, 24. März. Der angebliche Raubüberfall in der Bergheimer Straße am Freitag hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Der 17-jährige Lehrling der Firma Braun & Co. hat nach dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen mit den „Näubern“, die ihm die Geldtasche mit 2100 RM entrißen, gemeinsame Sache gemacht. Alle drei wollten mit dem Geld ins Ausland flüchten.

hpd. Seeburg, 25. März. Während des Baues des Schluchsee-Schwarzastollens verunglückten vier Arbeiter tödlich. Ihnen hat die Baufirma Dyckerhoff und Widmann an der Abweisung der neuen Landstraße nach Seeburg, unweit der Hochmühle, einen schönen Gedenkstein aus einem mächtigen Granitfindling errichtet und die Namen der Verunglückten mit ehernen Lettern darin festgehalten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. März		24. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.07	168.41	168.02	168.36
Kopenhagen 100 Kr.	112.13	112.35	112.14	112.36
Italien . . . 100 L.	21.955	22.995	21.965	22.005
London . . . 1 Pf.	20.369	20.409	20.371	20.411
New-York . . . 1 D.	4.1920	4.2000	4.1940	4.2020
Paris . . . 100 Fr.	16.398	16.438	16.399	16.439
Schweiz . . . 100 Fr.	80.64	80.80	80.655	80.815
Wien 100 Schilling	58.935	59.055	58.945	59.065
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.442	12.426	12.440

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. März 1931 hat sich in der dritten Märzwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 202,8 Mill. auf 3765,7 Mill., derjenige an Rentenbanknoten um 8,6 Mill. auf 893,9 Mill. RM verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 13,3 Mill. auf 2508,7 Mill. RM erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,1 Mill. auf 2286,1 Mill. RM abgenommen. Die deckungsfähigen Devisen um 13,4 auf 222,6 Mill. RM zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 57,6 Proz. in der Vorwoche auf 60,7 Prozent, diejenige der Gold- und deckungsfähigen Devisen von 26,9 auf 66,6 Prozent.

Abschluss der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft. Der Reingewinn der Deutschen Bank- und Diskonto-Gesellschaft beträgt für das Jahr 1930 17 494 333 RM gegen 32 154 448 RM im Vorjahre. Die Dividende wird auf 6 Proz. (10 Proz.) festgesetzt.

Rheinische Hoch- und Tiefbau-A.G., Mannheim. Der Verlust per 30. Juni 1930 bezeichnete einen Reingewinn von 15 859 Reichsmark (17 188). Die heute statgefundene Generalversammlung beschloß wie im Vorjahre, auf die Vorzugsaktien von 5000 RM eine Dividende von 6 Proz. auszuschütten. Dagegen bleiben die 640 000 RM Stammaktien wieder dividendenlos.

Konfervenfabrik M. Wassermann & Co., AG., Schwesingen. Wie bereits bekannt, hat die Konfervenfabrik M. Wassermann & Co. das Vergleichsverfahren beantragt. Nach dem Status vom 7. März betragen rein zahlungsfähige Aktiven 1 062 812 Reichsmark, die Passiven 1 013 592 RM. Die bevorstehenden Forderungen beziffern sich auf 88 320 RM. Darunter befinden sich 8802 RM Forderungen bis 300 RM, die voll bezahlt werden sollen. Die Betriebskosten für 3 Monate sind mit 8400 RM, und die Restkosten mit 20 000 RM angelegt. Gesichert sind die Forderungen durch Warenübertragung und durch Fesseln von Außenständen, und zwar die D. Bank mit 371 986 RM, die Reichskreditgesellschaft Berlin mit 171 469 Reichsmark, die Niederländische Accept Maatschappij Amsterdam mit 171 060 RM, also insgesamt 661 366 RM. Nicht bevorrechtigte Forderungen, die also an dem Verfahren teilnehmen, betragen in Höhe von 225 235 RM, darunter 13 281 Akzeptverbindlichkeiten.

Vergleichsverfahren. Über das Vermögen der Firma Meier & Co., Eierwarenfabrik in Bruchsal (vor einiger Zeit niedergebrannt), wurde das Vergleichsverfahren eröffnet. — Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft M. Wolländer in Karlsruhe, ist das Vergleichsverfahren eröffnet worden.

Geschäftliches

Städtische Holzschule Einbeck (Hann.) Allen denjenigen jungen Leute, welche eine Stellung im Holzfach — sei es im Sägewerk, Holzindustrie, Holzbaufach oder Holzhandel — erstreben, ist jetzt auch eine schulmäßige Ausbildung im Holzfach erreichbar, nachdem in Einbeck (Hannover) eine derartige Schule vor einigen Jahren errichtet wurde. Auch die Söhne von Werkbestyrern und Baugeschäften tun gut, diese Schule, welche die gründliche Kenntnis des Holzes, des Holzbaues und der Holzverarbeitung einschließlich des Holzhandels vermittelt, zu absolvieren. Die Prüfungen werden vom Staatskommissar abgehalten. Der Aufbau der Schule ist ähnlich dem der höheren Maschinenbauschulen und Techniken, jedoch lediglich für das Holzfach zugeschnitten. (S. Inserat.)

Staatsanzeiger

Dem Pferdezüchterein Sedenheim ist die Erlaubnis zum Betrieb eines Totalisators bei der am Sonntag, den 19. April 1931, in Mannheim-Sedenheim stattfindenden Pferderennen erteilt worden.

Karlsruhe, den 23. März 1931.
Der Minister des Innern.
J. Wittmann.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Finanzministeriums

— Domänen- und Forstabteilung —

Planmäßig ange stellt:

Forstassistent Ernst Just in Sinsheim a. d. E., Gartenaufer Josef Eller in Karlsruhe.

Bericht:

Finanzoberinspektor Karl Kammerlin von Mannheim nach Baden, Finanzobersekretär Hermann Hoch von Mannheim nach Heidelberg, Förster Josef Dietche von Aha nach Niebheim.

Verstorben:

Förster Otto Singler jung, in Kaltramm.

Rechnungsamt:

In den Dienst der Hafenerwaltung Mannheim und des Hafensamt Rehl übernommen: als Hafenerinspektor Johann Kühn; als Hafenspektoren: Georg Bollack und Fridolin Keller; als Verwaltungssekretär Leo Mohr; als Ladefachmann Josef Kögner; als Werksführer Franz Kromer, Karl Eichhädtler und Friedrich Dörner.

Für die Großputzerei

empfehlen wir: L.80

- Fegbürsten in Fiber u. Wurzel zu RM. -30 -35 -42 -55
- Schrubber " " " " -50 -60 -80 -85 -95
- Schrubberstiele, Besenstiele " " -25
- Reisstrohbesen 3, 4 u. 5 Naht " " 1,- 1,10 1,20
- Reisigbesen " " " " -30
- Roßhaarkehrbesen " " " " 3,80 4,50
- Roßhaarhandfeger " " " " 1,80
- Bodenöl, geruchlos, Liter-Fl. " " -50
- GEG-Kernseife, weiß u. gelb zu RM. -19 -22 -25 -30 -35 -40 -44 -46 -48
- Prima Spezialkernseife eigene Marke zu RM. -14
- Schmierseife, gelb und weiß, Pfd. " " -22 -30
- Parkettbodenwische, weiß u. gelb, Dose " " -38 -65 1,20
- Bodenbeize Marke „Büffel“, in verschiedenen Farben " " 1,30
- Bodenlack mit Hochglanz trocknend " " 1,40
- Putzmittel aller Art zu billigsten Preisen
- Scheuertücher mit verstärkter Mitte zu RM. -50 -60 -70
- Parkett-Tücher " " " " -60
- Fensterleder in verschied. Größen " " -60 2,20 2,50
- Stahlspäne und Stahlschwämme • Mop und Mop-Politur

— Abgabe nur an Mitglieder —

Lebensbedürfnisverein

Bekanntmachung.

Die Stelle des Bürgermeisters der Stadtgemeinde Badenburg ist neu zu besetzen. Bewerber, welche über umfassende Kenntnisse auf allen Gebieten der Kommunalverwaltung verfügen, wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes und von Zeugnisabschriften bis spätestens 5. April d. J. unter Angabe der Gehaltsansprüche an den Gemeinderat einreichen. Bewerber mit praktischer Tätigkeit im Kommunaldienst können evtl. bevorzugt werden. Persönliche Vorstellungen ohne Aufforderung nicht erwünscht.

Badenburg, den 23. März 1931.

Gemeinderat:
J. W. Schmitt.

2548. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Zentralheizungswerk G. m. b. H. in Karlsruhe, Kriegsstraße Nr. 111 wurde heute mittags 12 Uhr nach Ablehnung der Eröffnung des Vergleichsverfahrens das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Bürgermeister Joh. Nist, Karlsruhe, Hans-Thoma-Straße Nr. 5. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläu-

biger Ausführes und zur Entscheidung über die in § 133 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Freitag, den 17. April 1931, vormittags 11 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Donnerstag, den 30. April 1931, vorm. 11 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 8, 1. Stod, Zimmer 43. Wer Gegen-

stände der Konkursmasse nicht oder zur Masse etwas schuldet, darf nicht mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Widerspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 17. April 1931 anzuzeigen.

Karlsruhe, 21. März 1931.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 7.

Bei der öffentlichen (städtischen) Sparkasse in Eppingen ist alsbald die Stelle des

Sparkassendirektors

neu zu besetzen. In Betracht kommt nur eine fachmännisch geschulte Kraft, die in der Lage ist, in jeder Beziehung die Aufgaben des Geschäftsführers zu erfüllen. Bewerbungen sind unter Vorlage eines Lebenslaufes, Lebens- und sonstiger Zeugnisse bis spätestens 15. April 1931 bei dem unterzeichneten Vorsitzenden des Verwaltungsrats einzureichen. Ablegung der Obersekretärsprüfung für das Sparkassenwesen ist nachzuweisen. Bezahlung bisher nach Gruppe IV c der Reichsbesoldungsordnung. Persönliche Vorstellung ist nur nach besonderer Aufforderung erwünscht.

Eppingen (Baden), den 20. März 1931.

Verwaltungsrat der Städt. Sparkasse:
Der Vorsitzende:
Wirth, Bürgermeister.

Ausschreibung.

Wir vergeben öffentlich auf Grund des Erlasses des Herrn Ministers der Finanzen vom 20. I. 28 zu den Klinikenbauten hier:

1. Betriebs- und Wirtschaftsgebäude: Schloßarbeiten, Holzfußböden und Scheinerearbeiten.
 2. Chir. Klinik: Schloßarbeiten und Scheinerearbeiten.
- Die Angebotsunterlagen können, soweit vorrätig, zu 1. auf unserm Baubüro Hugstetterstr. 70 (ehemalig. Ottobauhütte) und zu 2. auf unserm Baubüro im Neubau der Med. Klinik Hugstetterstr. 55, Zimmer 25, ab 28. d. Mts. jeweils von 11-12^{1/2} vormittags entgegengenommen und die Bedingungen und Zeichnungen eingesehen werden. Verband nach auswärts erfolgt nicht. Die Eröff-

Badisches Landestheater

Donnerstag, 26. März 1931
*D 22. (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 501-600

Der Mantel

Oper von Puccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Haberlorn, Winter, Kainbach, Kiefer, Dr. Lang, Röfer, Derner

Sie auf Schwester Angelica

Oper von Puccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Wank, Franz, Fischbach, Haberlorn, Winter, Bauer, Durl, Sellmuth, Krauß, Kurr, Wolfmann, Rivinius, Silgstadt

Sie auf Gianni Schicchi

Oper von Puccini
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Fischbach, Haberlorn, Seibert, Winter, Kurr, Falke, J. Gröbinger, Gofsch, Kainbach, Kiefer, Röfer, Schoepflin, Schuster, Bindemann, Meyer

Anfang 19 Ende 22
Preise C (1-7 26)

Fr. 27.3. Der Rosenkavalier. Sa. 28.3. Zum erstenmal: Das Reich Gottes in Wömen. So. 29.3. Tiefstand. Im Raths.: keine Vorstellung.



h, Fräulein Grete

— Sie heiraten!
Tja — mein Otto
hal in der
Preuß.-Südd.

STAATS-LOTTERIE

gewonnen. — Kaufen Sie sich doch auch ein Los. Die Ziehung der I. Klasse ist

am 20. und 21. APRIL GLÜCKSLOSE hat

GOLDFARB

STAATLICHE LOTTERIE-EINNAHME
KARLSRUHE - KAISERSTRASSE 181

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe

e. G. m. b. H.

Wir geben unseren Mitgliedern bekannt, daß die Auszahlung der

Rückvergütung für 1930

für unsere sämtlichen Verteilungsstellen in der Zeit vom

26. März bis 4. April

in der unten angegebenen Reihenfolge stattfindet:

Donnerstag, 26. März			Freitag, 27. März			Samstag, 28. März			Montag, 30. März				
Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit		
7 Wilhelmstr. 51	Roonstr. 28	9-12 vorm.	3 Zähringerstr. 63	Roonstr. 28	9-12 vorm.	19 Gerwigstr. 29	Roonstr. 28	9-12 vorm.	11 Kaiserstr. 5	Roonstr. 28	9-12 vorm.		
12 Rüppurrstr. 27		2-5 nachm.	4 Schützenstr. 41		2-5 nachm.	27 Rintheimerstr. 18		9-12 vorm.	16 Rudolfstr. 24		2-5 nachm.	16 Kriegsstr. 208	9-12 vorm.
17 Augartenstr. 91		9-12 vorm.	38 Adlerstr. 45		2-5 nachm.	44 Tullastr. 59		2-5 nachm.	21 Lachnerstr. 17		2-5 nachm.	21 Hirschstr. 70	2-5 nachm.
22 Winterstr. 39		2-5 nachm.	40 Gartenstr. 1		9-12 vorm.	46 Karl-Wilhelm-Str. 22		2-5 nachm.	25 Waldhornstr. 31		2-5 nachm.	25 Scheffelstr. 6	2-5 nachm.
9 Rheinstr. 55	Gasthaus z. d. 3 Linden, Rheinstr. 14	9-12 vorm.	20 Bachstr. 50	Gasthaus z. d. 3 Linden, Rheinstr. 14	9-12 vorm.	24 Grünwinkel, Mörscherstr. 8	Wirtschaft zum Hirsch, Durmersheimerstr. 68	9-12 vorm.	28 Daxlanden, Turnerstr. 4	Karlsruher Hof, Pfalzstr. 13	9-12 vorm.		
40 Moltkestr. 143		2-5 nachm.	52 Brahmstr. 3		2-5 nachm.	42 Grünwinkel, Durmersheimerstr. 83		2-5 nachm.	31 Rintheimerstr. 8		2-5 nachm.	31 Hauptstr. 37	2-5 nachm.
Dienstag, 31. März			Mittwoch, 1. April			Donnerstag, 2. April			Samstag, 4. April				
Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit	Verteilungsstelle	Auszahlungslokal	Zeit		
1 Herrenstr. 14	Roonstr. 28	9-12 vorm.	15 Augustastr. 8	Roonstr. 28	9-12 vorm.	18 Nelkenstr. 25	Roonstr. 28	9-12 vorm.	5 Sophienstr. 35	Roonstr. 28	9-12 vorm.		
2 Karlstr. 3		2-5 nachm.	26 Marie-Alexandrastr. 35		2-5 nachm.	23 Bunsenstr. 9		2-5 nachm.	6 Kriegsstr. 208		2-5 nachm.	6 Hirschstr. 70	2-5 nachm.
8 Leopoldstr. 2		2-5 nachm.	29 Boeckstr. 28		9-12 vorm.	41 Geranienstr. 9		2-5 nachm.	14 Scheffelstr. 6		9-12 vorm.	14 Scheffelstr. 6	9-12 vorm.
13 Amalienstr. 9		2-5 nachm.	43 Graf-Rhenast. 13		2-5 nachm.	51 Yorkstr. 53a		2-5 nachm.	39 Knielingen, Hauptstr. 98		9-12 vorm.	39 Knielingen, Hauptstr. 98	9-12 vorm.
35 Knieling, Allee 2	Schwanen, Volkshaus	2-5 nachm.	30 Rüppurr, Langestr. 1a	Wirtschaft zum Eichhorn, Rastatterstr. 34	9-12 vorm.	33 Etlingen, Rheinstr. 45	Gasthaus zur Sonne, Pforzheimerstr. 21	9-12 vorm.	33 Etlingen, Rheinstr. 45	Gasthaus zum Bahnhof	9-12 vorm.		
34 Forchheim		2-5 nachm.	36 Gartenstadt, Auerstr. 31		2-5 nachm.	47 Etlingen, Leopoldstr. 40		2-5 nachm.	33 Etlingen, Rheinstr. 45		2-5 nachm.	33 Etlingen, Rheinstr. 45	2-5 nachm.

Um eine geordnete Durchführung der Auszahlung zu ermöglichen, bitten wir zu beachten, daß:

1. als Ausweis nur die Markensammelkarte für 1931 gilt,
2. die Verteilungsstelle maßgebend ist, in der das Mitglied die Markensammelkarte für 1930 abgegeben hat,
3. an Kinder unter 14 Jahren die Rückvergütung nicht abgegeben wird,
4. eine Rückzahlung von Aufwertungsguthaben in der oben angegebenen Zeit nicht stattfindet.

Wir bitten im Interesse der Mitglieder dringend, die oben angegebene Zeit einzuhalten.

Der Vorstand

Druck G. Braun, Karlsruhe.